

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
aus der Nummer 1 bis 1000
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Jahrespreis 10 Mark. Nr. 62.

Abbestellungspreis für den Jahresabonnement
bestimmte die Anzeiger aus der Nummer
1 bis 1000. — Erscheint wöchentlich.
Jahrespreis 10 Mark. Nr. 62.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Auer Leipzig Nr. 1000

Nr. 62

Sonntag, den 14. März 1926

21. Jahrgang

Genf gescheitert?

Ein neuer Kompromißvorschlag Spaniens. — Spanien ist verstimmt.

London, 12. März. (Reuter.) In einer Unterredung eines Vertreters des Reuterschen Büros mit Chamberlain, erklärte dieser, er habe den Eindruck, daß die Ablehnung der neuen Vorschläge durch den Reichszankler Dr. Luther, alle Bemühungen zu einer Verständigung zu gelangen, nutzlos machen.

Der Berichterstatter der „Voss. Stg.“ schreibt am Freitagabend:

„Soeben erfahre ich interessante Einzelheiten über die Gründe, aus denen die französische Delegation glaubt, die Situation heute günstiger anzuwenden zu dürfen. Nach Mitteilungen, die der britische Journalist gemacht hat, scheint er anzunehmen, daß sowohl Spanien als Brasilien ihren Standpunkt bereits revidiert haben. Man ist dahin übereingekommen, daß man die Völkerbundversammlung als oberste Instanz zur Entscheidung der weiteren Behandlung der Ratfrage anruft. Das würde heißen, daß Spanien und Brasilien vorläufig ihre Ansprüche auf ständige Ratsitze zurückziehen, daß Deutschland zunächst allein in den Rat eintritt, daß dann entweder von der Völkerbundversammlung eine besondere Kommission zur Prüfung der Ratfrage eingesetzt, oder daß der Rat von der Völkerbundversammlung beauftragt wird, eine solche einzusetzen.“

Die Völkerbundversammlung soll dann Polen einen provisorischen nichtständigen Ratsitz zusprechen. Wenn es insofern des schwedischen Einspruchs vorläufig noch nicht möglich sein sollte, diesen provisorischen Sitz neu zu schaffen, so glaubt man es doch ohne Bedenken der Völkerbundversammlung ermöglichen zu können, den für die Vereinigten Staaten von Amerika reservierten Sitz im Völkerbundrat provisorisch, bis die Vereinigten Staaten ihn einnehmen wollen, längstens aber auf sechs Jahre, den Polen zu überweisen.“

Paris, 12. März. Das Kompromiß der Locarno-Mächte in Genf wird von Sabas in folgender Fassung ausgegeben:

„Sofortiger Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und den Völkerbundrat. Ueberweisung des Vorschlags zur Schaffung neuer permanenter Ratsitze an ein Komitee, das bis zum Monat September die Hauptfragen und die Zusammensetzung des Völkerbundes prüfen soll. Sofortige Zuerstreckung eines nichtständigen Sitzes an Polen.“

Deutschland lehnt Kompromisse ab.

Genf, 12. März. Bevor heute morgen die eigentlichen Besprechungen zwischen den Mächten, die in Locarno den Rheinlandpakt unterzeichnet haben, aufgenommen wurden, fanden zwischen den Delegationsführern Unterredungen statt. Die deutsche Delegation hatte im Hotel des Bergues eine einstündige Besprechung mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand. Erst

nach 11 Uhr begann die eigentliche Konferenz der Rheinlandmächte am Sitz der englischen Delegation. Um 1.20 Uhr war die Besprechung beendet. Wie der Sonderberichterstatter des WTB. erfährt, hat ihr Ergebnis keine Veränderung des deutschen Standpunktes herbeigeführt. Ein Zeitpunkt für die nächste Sitzung ist nicht vereinbart worden. Der belgische Außenminister Vanderveelde erklärte, die Verhandlungen seien vertagt worden, weil eine Reihe von Anregungen gemacht wurden, die noch nicht erörtert werden konnten. Ähnlich äußerte sich Briand schon beim Verlassen der Vormittagsbesprechung, daß mehrere interessante Vorschläge gemacht worden seien, die noch genauer überdacht werden müßten.

Stresemann über die Beziehungen Deutschlands zu Spanien.

Dr. Stresemann hat dem Genfer Berichterstatter der Madrider „Debate“ auf die Frage, ob Spanien und Deutschland weiterhin Freunde bleiben würden, mit einem „Unbedingt“ geantwortet. Dr. Stresemann hat erklärt, man mißverstehe in Spanien Deutschlands Haltung, die sich keineswegs gegen Spanien richte. Deutschland werde den Völkerbund verlassen, sobald mit Sicherheit feststehe, daß Brasilien gegen Deutschlands Aufnahme stimmen werde.

Die sonst stets deutschfreundliche spanische Zeitung „ABC“ stellt sich auf den Standpunkt, daß nur das Veto Deutschlands es verhindere, daß Spanien einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhalte. Das Blatt sagt, Stresemanns Erklärungen an die spanischen Journalisten genügen nicht, um das Mißfallen Spaniens zu zerstreuen. „ABC“ erinnert dann an Spaniens große Verdienste während des Weltkrieges, die damals von Bethmann-Hollweg im Reichstage mit bewegten Worten gepriesen worden seien. Immer noch glaube man in Spanien daran, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk die jetzige Haltung Spaniens gegenüber aufgeben werden, da man Deutschlands Haltung sonst als eine Äußerung schändlichen Unbanns ansehen müßte.

Schwedischer Protest in Madrid.

Stockholm, 12. März. Anlässlich einer spanischen Demarche in Stockholm, bei der die Haltung der schwedischen Regierung in der Ratfrage als unfreundlich bezeichnet wurde, ist schwedischerseits entschiedener Protest unter wiederholter Betonung des prinzipiellen Grundes für die Haltung der schwedischen Regierung in Madrid erhoben worden.

Eine mysteriöse Meldung.

Stockholm, 12. März. (Sabas.) Die schwedischen Zeitungen veröffentlichen Informationen über einen mysteriösen Kaufvertrag zwecks Lieferung von Kriegsmaterial nach dem Schwarzen Meer und dem Mitteländischen Meer. Im Kontrakt soll die Lieferung von 400 Gewehren, 1000 Maschinengewehren und 140 Millionen Kartuschen vorgesehen sein. Der Plan soll gescheitert sein, aber das Material bleibe zur Verfügung. Ein Teil desselben soll im Hamburger Hafen liegen.

In französischen Zeitungen wird diese Meldung zwar ohne Kommentar, aber mit möglichst schreienden Überschriften veröffentlicht. So schreibt der „Matin“: „Die Deutschen haben sich vorgenommen, einen Staat mit Kriegsmaterial zu versehen.“

Die kommunistischen Geldsammlungen zum Volkseinsatz.

Berlin, 12. März. Die Kommunistische Partei hat eine öffentliche Geldsammlung eingeleitet, um die Mittel für die Vorbereitung des Volkseinsatzes aufzubringen. Es sind Zweifel darüber laut geworden, ob es zu dieser Sammlung einer behördlichen Genehmigung bedarf. Die ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, zu verneinen. Die Sammlung dient der Vorbereitung einer verfassungsmäßig vorgesehenen Abstimmung; sie verfolgt nicht einen rein politischen Zweck und fällt deshalb nicht unter die Vor-

schriften der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917. — Auch aus den älteren Vorschriften über das Kollektieren ist eine Genehmigungserfordernis für die hier in Frage stehende Sammlung nicht herzuleiten.

Eintragungen für das Volksbegehren in Berlin 725196.

Berlin, 12. März. Am 11. März haben sich in Berlin 92 075 Personen in die Listen für das Volksbegehren eintragen lassen. Insgesamt haben sich in Berlin bis jetzt 725 196 eintragen lassen.

Einschränkung des Personenzugverkehrs

Berlin, 12. März. Das Berliner Tageblatt will erfahren haben, daß infolge der hinter dem Vorjahr erheblich zurückbleibenden Zahl der Reisenden vom 15. April ab mit einer Einschränkung des Personenzugverkehrs zu rechnen sein dürfte. Auf Grund von statistischen Feststellungen sollen die unrentablen Strecken bestimmt werden, auf denen eine Verminderung der Zugfolge eintreten soll.

Ein spanischer Vorstoß in Marokko.

Madrid, 12. März. Aus Marokko wird gemeldet: Eine Operation im Frontabschnitt Sahara ist erfolgreich durchgeführt worden. Der Feind hat viele Tote, Verwundete, Gefangene und Material zurückgelassen. Die Spanier haben sich nach dem Gefecht wieder in ihr Feldlager zurückgezogen. Ihre Verluste werden auf etwa 80 Mann geschätzt.

Die neuen Männer Kütz und Reinhold.

Von Ulrich Bräutigam, Dr. h. R.

In den beiden sächsischen Demokraten Dr. Kütz und Dr. Reinhold sind in der zweiten Reichsregierung außerordentlich tüchtig erprobte Männer eingetreten, denen vor allem Selbstständigkeit und starke Initiative eigen ist. Man hat in der deutschen Republik vielfach beobachtet können, daß die in den einzelnen Ministerien dominierenden die meist noch aus dem alten System übernommenen Direktoren und Räte gewesen sind. Ihr Einfluß ist umso größer gewesen, je mehr den politischen Ministern das von ihnen übernommene Ressort von Haus aus ein fremdes Gebiet war. Insbesondere im Reichsfinanzministerium sind die Bürokraten herrschend gewesen, am meisten unter Herms, dem Inflationsminister. In diesem Ministerium stehen den einzelnen Abteilungen Männer vor, denen die Vorgänge, aber auch die Schwächen der Bürokraten der alten Schule eigen sind: hervorragende Fachkenntnisse, unermüdbare Arbeitskraft, aber auch starker Eigenwille und ausgeprägtes Selbstbewußtsein, das nicht so leicht Gedanken gelten läßt, die einem anderen Sinn entsprossen sind. Wie sich die hohen Beamten des Reichsfinanzministeriums selbst als die in ihrem Ressort Regierenden fühlten, dafür ist ein Vorfall ein Beweis, der die Amtsübernahme durch Dr. Reinhold überaus bezeichnend ist. Als der neue Minister zu den Herren seines Ressorts auftrat, daß er sich zunächst in den Etat einarbeiten und die Etate vorbereiten müsse, wurde ihm eröffnet, diese Rebe liege bereits fertig vor und die Herren sind sehr erstaunt gewesen, daß Dr. Reinhold die fertige Rebe nicht benutzte, sondern in einer eigenen Rebe seine Ideen entwickelte. Während er diese Rebe unter größter Aufmerksamkeit des Hauses hielt, konnte man aus den Mienen der hinter der Ministerbank stehenden Geheimräte lesen, daß sie von dem neuen Herrn und insbesondere seinem Steuerentlastungsprogramm wenig erbaut waren. Wenn in den letzten Wochen von Schwierigkeiten berichtet wurde, die Dr. Reinhold mit diesem Programm zu überwinden hatte, so geht man nicht fehl in der Annahme, daß er auf solche vor allem bei den vornehmsten maßgeblichen Direktoren und Räten in seinem Ressort gestoßen ist. Ein deutschnationaler hat am Montag im Reichstag, als der Etat des Reichsfinanzministeriums zur Verhandlung stand, an Dr. Reinhold bemängelt, daß er kein großzügiges Steuerreformprogramm vorgelegt habe. Reinhold hat mit Recht unter dem Vorfall des Hauses darauf hingewiesen, daß dieser Vorwurf an die Adresse seines Vorgängers, des deutschnationalen Herrn von Schöberl, gerichtet werden müsse, der die Steuerentlastungsreform vorgelegt habe; die Neugebaltung, die unter Steuerwesen durch diese Gesetze erfahren hat, kann nicht bereits nach einem halben Jahre durch eine umfassende Reform abgemindert werden, man muß sich zunächst darauf beschränken, dort umzuformen und abzubauen, wo es am nötigsten ist. Es ist besonders zu begrüßen, daß Dr. Reinhold mit der Senkung der Umsatzsteuer auf 0,6 Prozent die von den Demokraten schon 1925 verlangte, damals aber von der Regierung und ihrer Mehrheit abgelehnte Beseitigung der erhöhten Umsatzsteuer für bestimmte Kategorien von Waren vornehmen will. Diese besonders unfaire Steuer hat man nur deshalb so lange aufrecht zu erhalten vermocht, daß man durch die Bezeichnung als „Luxus“-Steuer den wahren Charakter der Steuer als einer produktionshemmenden Besteuerung der Qualitätsarbeit verhehlerte.

Wie Dr. Reinhold, so hat auch Dr. Kütz durch seine ersten Amtshandlungen gezeigt, daß er andere Wege gehen wird, als sein deutschnationaler Vorgänger Schiele. In den republikanischen Kreisen ist überaus begrüßt worden, daß er bei der Amtsübernahme zu den Beamten seines Ressorts gehalten hat. Der Beamtenkörper muß bei aller Freiheit der Einstellung zu den einzelnen politischen Parteien sich immer dessen bewußt bleiben, daß dem Staate dienen“ gleichbedeutend ist mit „der deutschen Republik dienen.“ Dr. Kütz hatte zu seiner Mahnung an die Beamten seines Ressorts besondere Veranlassung. In diesem hielt es ein Ministerialrat mit seiner Eigenschaft als politischer Beamter der Deutschen Republik und zwar als Referent in Verfassungssachen für verbindlich, politische Aufsätze in der „Kreuzzeitung“ zu veröffentlichen, dem feudalen Staat, das keine Gegnerschaft gegen die neue Staatsform ostentativ schon dadurch dokumentiert, daß es am Kopfe wieder die Devise „mit Gott für König und Vaterland“ führt, die es bei der Revolution im November 1918 mit Vorwitz eingezogen hatte. Auf Angriffe hin, die wegen dieser Ansprache im Haushaltsausschuß des Reichstages bei der Beratung des Etats des Innenministeriums gegen ihn gerichtet wurden, hat Dr. Kütz erneut mit aller Entschiedenheit von seinen Beamten verlangt, daß sie eine bescheidene Haltung zum republikanischen Staatsgrundgesetz einnehmen. Infolge der politischen Entwicklung der letzten Jahre hatte man solche Töne von diesem Platz seit langem nicht mehr gehört, besonders natürlich nicht zur Zeit des deutschnationalen Interregnums. Deshalb wirkten die Ausführungen des Innenministers auf alle die, die es gut mit dem deutschen Staat und Volk meinen, so erfrischend und befreiend. Überaus ein- drucksvoll war seine Zurückweisung der anmaßenden und unfreudigen Behauptung des deutschnationalen Redners, die-